

1 Antrag an den Kreisparteitag der Rhein-Erft SPD am 20.11.2021:

2

3

4 **Demokratie schützen: Keine Chance für Faschisten und Rassisten bei Polizei,**
5 **Bundeswehr und Geheimdiensten**

6

7 Antragssteller: SPD Pulheim

8 (zur Überweisung an den Landesparteitag nach Beschlussfassung)

9

10 Die Rhein-Erft SPD wirkt darauf hin, dass Polizei, Geheimdienste und Bundeswehr
11 kontinuierlich von einer unabhängigen Stelle auf demokratiefeindliche Umtriebe untersucht
12 werden. Darüber hinaus müssen für alle Ebenen staatlichen Handelns Möglichkeiten des
13 gefahrlosen Whistleblowens ermöglicht werden.

hat formatiert: Schriftfarbe: Automatisch

14

15 Begründung:

16 Die Anzahl an erschreckenden „Einzelfällen“, in denen etwa von Polizisten rassistisch oder
17 rechtsradikal motiviert Straftaten begangen wurden, steigt stetig. Auch werden mit trauriger
18 Regelmäßigkeit rassistische Gruppenchats oder Gruppenrituale öffentlich. Davon betroffen
19 sind auch die Bundeswehr und andere Sicherheitsbehörden. Eine konsequente Untersuchung
20 dieser Vorgänge und der ihnen zu Grunde liegenden Strukturen wurde bislang auf
21 Bundesebene und in NRW nicht vorgenommen.

hat formatiert: Schriftfarbe: Automatisch

hat formatiert: Schriftfarbe: Automatisch

22 Für das Vertrauen in unsere Sicherheitsorgane und zur Sicherstellung einer tatsächlich
23 wehrhaften Demokratie sind solche Umtriebe aber Gift. Dies gilt umso mehr, wenn die
24 Vorgänge nicht konsequent ermittelt werden, verdeckt und verharmlost werden und für die
25 beteiligten Personen ohne Konsequenzen bleiben.

hat formatiert: Schriftfarbe: Automatisch

26 Ein Ergebnis des bisherigen Umgangs mit solchen Umtrieben ist, dass Anzeigen solcher
27 Vorgänge aus den Organen selbst heraus zu selten erfolgen und oftmals mit negativen Folgen
28 für die Anzeigenden verbunden sind. Hier gilt es, sichere Möglichkeiten zu schaffen, damit
29 unbotmäßige Vorgänge leichter und häufiger gemeldet werden können. Die Causa Maaßen
30 hat überdies gezeigt, dass das alleinige Vertrauen in die Führung der betreffenden staatlichen
31 Einrichtungen bei der Aufarbeitung solcher Vorgänge leider naiv ist.